

## Lösungsansätze zur Verbesserung des Lebensumfeldes der Südtirolerinnen und Südtiroler

Besonders aufgrund der momentan schwierigen Zeiten, hat sich die Fachgruppe „Soziales, Gesundheit, Pflegesicherung, Kinderbetreuung, Familie, Integration“ intensiv mit folgenden Themen, die vielen Menschen sehr bewegen, die viel Kraft abverlangen und wo die Gesellschaft solidarisch zusammenstehen muss, beschäftigt.

### 1.) SICHERUNG DER PFLEGE

Heute (September 2009) sind 12.977 Menschen in Südtirol als Pflegebedürftig im Sinne des LG 9/2007 eingestuft und beziehen für ihre Pflege das Pflegegeld im Sinne des LG 9/2007 im Ausmaß von 510€, 900 €, 1.350 € oder 1.800 € in der vierten Pflegestufe. Davon werden **9.469 Menschen zu Hause** in ihrer gewohnten Umgebung gepflegt, viele von Angehörigen selbst unter mithilfe der Hauspflegedienste, viele aber auch von Haushaltshilfen (25,02% davon in der 3. u 4. Pflegestufe). **3.508 Pflegegeldzahlungen** erfolgen für die Betreuung **in Alters- und Pflegeheimen** (58,29% davon in der 3. und 4. Pflegestufe). 32,35% der über 80-jährigen Bevölkerung erhalten eine Pflegegeldzahlung.

Die Fachgruppe hat folgende **konkrete Möglichkeiten zur Überwindung der Schwierigkeiten** erarbeitet:

- **Freiwilligendienst** im Bereich Hauspflege gesellschaftlich **aufwerten** und nach den Besonderheiten in den Dörfern und Städten weiter entwickeln.
- **HauspflegehelferInnen** (Badanti): Schaffung einer **zentralen Anlaufstelle** (Arbeitsamt/Bezirksebene/Sprengelzebene) für Angehörige der zu pflegenden Menschen, welche eineN PflegerIn suchen (inkl. Arbeitskräfte-datei, Aufklärung über Kosten, Beratung über Anmeldeprozeduren)
- Die bedarfsgerechte **Ausbildung von Pflegekräften** ist eine große gesellschaftliche Notwendigkeit und Herausforderung für die Zukunft. Das Berufsbild ist wertvoll und auch so darzustellen, damit sich auch in Zukunft Menschen finden, welche die Pflege von Menschen in Heimen und Daheim zum Beruf machen wollen.
- Pflegearbeiten, welche von (zumeist weiblichen) Familienangehörigen übernommen werden, müssen als Pflegezeit bei der **Rente** mit angerechnet werden. Diese Forderung muss vor allem von unseren ParlamentarierInnen in Rom konsequent eingefordert werden.
- Zur **Unterstützung der pflegenden Angehörigen** fordern wir: Ausbau von Selbsthilfegruppen, Aufbau eines laufendes Angebot an (kurzzeitigen) Schulungen für Angehörige, flexiblere und bewusstere Handhabung der „Dienstgutscheine“, Schaffung mehrerer **Entlastungsmöglichkeiten**, z.B.:
  - Aufstockung Kurzzeitpflegebetten in Altersheime
  - Wohnbaubereich: Voraussetzungen für die Errichtung von Mehrgenerationenhaushalten schaffen
  - Aufbau einer zentralen Alterheimplatz-Datenbank (Bezirksebene/Sprengelzebene)
  - Paralleler Ausbau der Pflegebetten in Altersheimen zur demographischen Entwicklung

### 2.) SOZIALPARTNERSCHAFT STÄRKEN

Die Kaufkraft der Löhne und Renten von Südtirols Familien haben Jahr für Jahr abgenommen. Es ist eine Tatsache, dass immer mehr Familien die Schuldnerberatung der Caritas aufsuchen müssen. Wir sind der Meinung, dass es in Südtirol eine **neue Kultur der Sozialpartnerschaft** braucht: In der Gesellschaft, aber auch innerhalb unserer Südtiroler Volkspartei. Unser Vorschlag:

- ❑ Landesverwaltung, Unternehmerverbände und Gewerkschaften als „**starkes Trio für das Allgemeinwohl**“ periodisch an einen Tisch bringen, um Probleme gemeinsam zu überwinden, Vertrauen zwischen den SozialpartnerInnen zu stärken und um Zukunft gemeinsam zum Wohle aller gesellschaftlichen Schichten im Land gemeinsam gestalten.
- ❑ Belebung des **Sozialpartnerschaftsforums** (Art. 119 des Statuts) in der SVP, um die Probleme der Menschen der unterschiedlichen sozialen Schichten gemeinsam zu lösen und tragfähige Entwicklungsziele für die Menschen im Land zu erarbeiten und umzusetzen.
- ❑ Förderung der Bewusstseinsbildung der **ArbeitnehmerInnen**

### 3.) FAMILIEN ENTLASTEN – KAUFKRAFT STÄRKEN - WIRTSCHAFT ANKURBELN

Folgende Maßnahmen tragen zum Wohl der Südtiroler Familien und damit indirekt auch zugunsten einer positiven Entwicklung der Wirtschaft bei. Einige davon betreffen die staatliche Ebene, womit wir vor allem unsere ParlamentarierInnen in Rom ansprechen:

- ❑ Unterstützung seitens der öffentlichen Hand (Land) zugunsten **dezentraler Vertragsverhandlungen** zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften
- ❑ Anpassung der **Familienzulagen** auf Staatsebene den europäischen Standards anpassen, Anhebung der **Elternzeit** in der Privatwirtschaft auf internationale Standards sowie Anrechnung von **Erziehungszeiten** für die Kinder für die Rentenbiografie
- ❑ Einforderung von **Steuerentlastungen** für Familien sowie Ermöglichung von **Abschreibemöglichkeiten** für Familien mit Kindern (z.B. für Ersteinrichtung und Möbel, Erhöhung der Abschreibungssätze für Arztspesen, Kauf eines Autos, wenn es beruflich verwendet wird); weiters: Abschaffung der **ICI** für die Erstwohnung bei gerichtlich getrennten/geschiedenen Paaren
- ❑ Gerechte Einkommens- und Vermögensberechnung ist unabdingbar für die gerechte Vergabe von **Leistungen** aus dem Südtiroler Landessteuertopf
- ❑ Weitere schrittweise **Erhöhung des Familiengeldes** in Land und Region
- ❑ **Einfrieren der Tarife** (Gemeinden/Land) bis die Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen-Einkommen wieder steigt; Überdenken der Zusatzbelastungen der BürgerInnen über die IRPEF in den Gemeinden
- ❑ Sicherstellung der Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten bedarfsgerecht zu erschwinglichen Preisen, Erhöhung des Angebots an **Betreuungsplätzen für Kinder und Jugendliche** das ganze Jahr über bedarfsgerecht und zu familienfreundlichen Tarifen

### 4.) SOZIALSTANDORT SÜDTIROL SICHERN

Der Südtiroler Haushalt stellt für Maßnahmen auf dem Gebiet des Sozial- und Gesundheitswesens insgesamt 1.512.700.000 € zur Verfügung. Dies entspricht 30,3% des Landeshaushaltes: 84,30% davon für den Schutz der Gesundheit und 15,40% davon für Familie und Sozialwesen.

- ❑ Die Leistungen der **Sozial- und Gesundheitsdienste** sind laufend an die sich verändernden gesellschaftlichen Erfordernisse anpassen.
- ❑ Die soziale und gesundheitliche **Grundsicherung** ist grundlegend für den sozialen Frieden im Land und muss im Interesse aller sozialen Schichten verteidigt werden.
- ❑ Wir stellen fest, dass sich RentnerInnen zunehmend schwerer tun, ihren Zahnersatz zu finanzieren. Zahnersatz für Senioren sollte abgestuft nach Einkommen und Vermögen zum Selbstkostenpreis in den Gesundheitsdiensten oder bei vertraglich dazu sich bereiterklärenden Zahnärzten anbieten.

Die Fachgruppe Soziales hat sich auch mit dem **Thema Rechtsradikalismus** bei Jugendlichen und mit der **Ausländerthematik** auseinandergesetzt. Wir werden diese Themen nun in weiteren Fachgruppensitzungen vertiefen und Vorschläge zum Umgang mit diesen großen gesellschaftlichen Herausforderungen ausarbeiten.

Stand: Oktober 2009